



Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herr Krämer

Telefon: (0221) 221-21064

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: Thomas.Kraemer@Stadt-koeln.de

Datum: 13.03.2022

Niederschrift

über die **1. Sondersitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 03.03.2022, 18:10 Uhr bis 18:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal.

INFEKTIONSSCHUTZ: Es stehen begrenzt Plätze für die Öffentlichkeit zur Verfügung. Melden Sie sich bitte an. Medizin. Masken/FFP2-Masken, Test oder Immunisierungsnachweis sind erforderlich. (s. Infektionsschutzhinweise).

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Franz Philippi	SPD
Bärbel Hölzing	Grüne
Max Christian Derichsweiler	GRÜNE
Mechthild Böll	Auf Vorschlag der Grünen
Oliver Seeck	SPD
Constanze Aengenvoort	CDU
Anneliese Hauser	Auf Vorschlag der CDU
Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Stefanie Ruffen	FDP
Andrea Browsers	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Janja Mihaljevic	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Heidi Irlenbusch	auf Vorschlag der SPD
Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Simone Schäfer	Auf Vorschlag der CDU
Dr. Klaus Zimmermann	Auf Vorschlag der CDU
Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP-Fraktion
Paul Gottschalk	Auf Vorschlag von Volt
Udo Heinrichs	Auf Vorschlag der Ratsgruppe GUT
Nathalie Binz	Stadtschulpflegschaft Köln
Jakob Godtmann	Bezirksschülervertreter

Achim Schmitz	Stadtschulpflegschaft Köln
Wolfgang Hülsmann	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender

Stellvertretende beratende Mitglieder

Bodo Busch	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender
------------	---

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Maria Helmis	SPD

Beratende Mitglieder

Ilka Schänke	Auf Vorschlag der AfD
Thomas Glowacki	auf Vorlag der Grünen
Lea Lohove	Auf Vorschlag der Grünen
Anette Weber	Auf Vorschlag der Grünen
Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Andre Burghardt	Auf Vorschlag der SPD
Marius Rohde	Auf Vorschlag der CDU
Dr. Carolin Butterwegge	DIE LINKE
Beate Grashof	Evangelische Kirche
Christina Zimmermann	Katholische Kirche
Gönül Topuz	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Stephanie Stangier	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Hedwig Drießen	Seniorenvertreterin der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Michael Bold	Katholische Kirche
Carmen Schmitt	Evangelische Kirche
Musa Yüceel	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Ulrike Müller-Harth	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertreter der Stadt Köln

Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Helge Schlieben (CDU) eröffnet um 18:10 Uhr die Sondersitzung des Ausschuss Schule und Weiterbildung.

Zu Beginn der Sitzung führt **Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Helge Schlieben** (CDU), vor dem Hintergrund des Angriffskrieges auf die Ukraine, aus, dass es notwendig sei, hierzu Stellung zu beziehen. Im Namen des gesamten Ausschusses und aller Anwesenden verurteilt er diesen Angriffskrieg eines russischen Diktators auf ein unabhängiges, freies Land im Herzen Europas auf das Schärfste. Er erklärte:

„Wir fordern den kriegsführenden russischen Präsidenten und seine Arme auf, die Kriegshandlungen sofort einzustellen und sich vollständig aus der unabhängigen Ukraine zurückzuziehen! Wir sagen allen Flüchtlingen aus der Ukraine zu, dass wir als Kölner*innen gewillt und auch in der Lage sind sie hier aufzunehmen, wenn sie das möchten. Allen geflüchteten Kindern und Schüler*innen sagen wir zu, alles daran zu setzen, sie hier angemessen zu betreuen und beschulen wollen, werden und können. Allen ukrainischen Kindern und ihren Familien, allen russischen Kindern und ihren Familien, allen deutschen Kindern und ihren Familien und auch allen Kindern und ihren Familien unserer europäischen Freund*innen, die hier alle bisher zusammen in Köln gelebt haben und dies auch weiter tun sollen, allen diesen rufe ich, rufen wir, zu, dass wir zusammen für Frieden und Freiheit im In- und im Ausland eintreten mögen, dass wir zusammen die Menschenrechte und unsere freiheitlich demokratische Grundordnung hier und auch im Ausland verteidigen und dass wir uns alle zusammen, die Kinder, ihre Familien und wir alle uns klar und deutlich gegen dieses verbrecherische, menschenverachtende Regime des russischen Präsidenten positionieren. Wir rufen alle auf, auch in Zukunft, hier in Köln friedlich zusammen zu leben und gemeinsam unsere europäische Zukunft weiter zu gestalten.“

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt **Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Schlieben** (CDU) fest, dass außer der vereinbarten Vorlage zu TOP 4.1 keine weiteren Vorlagen zur Tagesordnung hinzugekommen seien, allerdings unter TOP 1.1. **SE Bodo Busch** als neuer, stellvertretender sachkundiger Einwohner zu verpflichten sei.

Von Seiten der Mitglieder des Ausschusses und der Verwaltung werden keine weiteren Vorschläge oder Ergänzungen zur Tagesordnung eingebracht.

Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Schlieben (CDU) lässt über die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.2 Neue Anfragen

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Gründung einer Schulbaugesellschaft
4065/2021

5 Mitteilungen

6 Anfragen

7 Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Gleichstellungsrelevante Themen

9 Personalien

10 Vorlagen

11 Mitteilungen

12 Anfragen

12.1 Frühere Anfragen

12.2 Neue Anfragen

13 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

SE Bodo Busch wird durch **Ausschussvorsitzende*n RM Dr. Schlieben** (CDU) als stellvertretendes beratendes Mitglied des Ausschuss Schule und Weiterbildung verpflichtet. **SE Bodo Busch** ist Sachkundige*r Einwohner*in nach § 22 ff. Hauptsatzung der Stadt Köln und wurde von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss entsandt und vertritt bei Abwesenheit **SE Wolfgang Hülsmann**.

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.2 Neue Anfragen

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Gründung einer Schulbaugesellschaft 4065/2021

RM Oliver Seeck (SPD) teilt mit, dass die SPD der Vorlage zustimmen werde. Allerdings bleibe, trotz der Beantwortung der eingereichten Fragen einiges vage. So sei unklar, wie genau die Befugnisse der Schulbaugesellschaft ausgestaltet würden. Die SPD sei gespannt auf die eigentliche Konzeption der zu gründenden Schulbaugesellschaft. Er hoffe, die zu gründende Gesellschaft werde ein starkes Beiboot und Bestandteil der Stadtentwicklung, welches die Baumaßnahmen im Schulbereich voranbringe, und kein schwaches Schlauchboot welches keine Wirkung entfalte.

RM Bärbel Hölzing (Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich für die Beantwortung der Fragen, findet aber die Ausformulierung der Vorlage und die Beantwortung einiger Fragen etwas schwach. Dies könne an der Kurzfristigkeit liegen, mit welcher die Vorlage eingereicht wurde. Auch Bündnis 90/Die Grünen werden dieser Vorlage zustimmen und sie hoffe, dass im anschließenden Verfahren eine Konkretisierung stattfinden werde. Sie hoffe auch, dass sich die Zuversicht, erfahrenes Personal am Arbeitsmarkt zu finden und zu beschäftigen, erfüllen werde. Dies sei bei der Gründung einer Schulbau GmbH ein entscheidendes Kriterium. Sie sei der Meinung, dass alles was helfe den Schulbau voranzubringen positiv zu bewerten sei. Sie äußert die Hoffnung, dass

eine flach angelegte Hierarchie und ausreichende Handlungsfreiheit hier förderlich seien und greifen werden.

RM Constanze Aengenvoort (CDU) teilt mit, dass auch die CDU diesem Grundsatzbeschluss zustimmen werde. Sie sehe den enormen Bedarf an benötigten Schulplätzen und den sich daraus ergebenden Handlungsbedarf. Der Fokus müsse im Bereich der Wohnbaugebiete liegen, um dort eine ausreichende Dichte bei der Versorgung mit Schulplätzen bereitstellen zu können. Die skizzierten Strukturen seien plausibel und gut. Sie wünsche sich eine Schulbaugesellschaft, welche steuert, ergänzt und zügig Ergebnisse erziele. Es ergeben sich im nachfolgenden Verfahren weitere Fragen unter anderem hinsichtlich der Prozess- und Entscheidungsstruktur insbesondere bei großen Schulbauvorhaben.

RM Heiner Kockerbeck (Die Linke) verweist auf bereits bestehende Schulbaugesellschaften in anderen Kommunen in NRW. Für die Fraktion Die Linke komme es darauf an, wie die Entscheidung hierfür begründet sei. Dass in der Schulbaukrise unkonventionelle und neue Lösungen benötigt werden, habe die hohe Anzahl der Ablehnungen bei der Schulplatzvergabe gerade gezeigt. Allerdings sei bei der Beantwortung der Fragen weiterhin nicht erkennbar wie die zu gründende Schulbaugesellschaft, insbesondere hinsichtlich der Rekrutierung von Mitarbeiter*innen, funktionieren solle, wenn eine vergleichbare Entlohnung wie bei der Gebäudewirtschaft angedacht sei. Auch hinsichtlich der Vor- und Nachteile der Rechtsform „GmbH“ oder „AöR“ lasse die Beantwortung der Fragen keine abschließende Schlussfolgerung zu einer Entscheidungsfindung zu. Die Linke werde sich bei der Abstimmung enthalten.

RM Stefanie Ruffen (FDP) hält den Schritt zur Gründung einer Schulbaugesellschaft, wie in der Vorlage beschrieben, für nicht weitgehend genug. Insbesondere eine Ausstattung mit einer Personalstärke von 8 bis 10 Mitarbeiter*innen. Hier solle mehr geschehen. Nichts desto trotz werde die FDP dieser Vorlage zustimmen, da hier dringender Handlungsbedarf nicht nur im Schulneubau sondern auch im Bereich Schulbausanierung und Schulbauerweiterung bestehe. Die FDP werde einen Ergänzungsantrag in den Rat einbringen sowie einen Prüfauftrag an die Verwaltung geben, wie hier weitergehende, größere Schritte unternommen werden könnten, da in Köln ein grundsätzliches Problem im Bereich Bauen bestehe.

SE Andrea Browsers (Volt) spricht sich für die Einrichtung einer Schulbaugesellschaft aus und verspricht sich hierdurch eine schnellere und effektivere Abwicklung des Neubaus von Schulen. Für die Fraktion Volt sei wichtig, dass bei der Planung neuer Viertel der Schulneubau von Anfang an mitgeplant und berücksichtigt werde.

Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Helge Schlieben (CDU) ergänzt, dass es keine Zustimmung zu neuen Baugebieten geben solle, bei welchen nicht von Beginn der Planung an die Verkehrs- und Bildungsstruktur mitgeplant werde. Dies wurde in der Vergangenheit leider nicht ausreichend berücksichtigt.

Dr. Klaus Zimmermann (CDU) ist froh über diese Vorlage und das breite Spektrum der zustimmenden Fraktionen. Es ergebe sich aber noch eine Frage hinsichtlich der aktuell fehlenden ca. 54 Schulen und dem riesigen Renovierungs- und Sanierungsstau in diesem Bereich. Er bittet daher, unter Berücksichtigung der geplanten 5 bis 10 neuen Stellen bei der Schulentwicklungsgesellschaft, um Beantwortung wie viele Neubauvorhaben mit diesem Personal zusätzlich personalisiert werden können.

Frank Pfeuffer (Dezernat für Bildung, Jugend und Sport – Leitung der Stabstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung) teilt mit, dass von den 54 Schulen welche 2022 in der Schulentwicklungsplanung sind, 17 Grund- und weiterführende

Schulen in den großen neuen Wohnbaugebieten Parkstadt Süd, Deutzer Hafen, Mülheim Süd, Kreuzfeld, Rondorf Nordwest seien. In einem ersten Schritt müsste es tatsächlich um diese Schulen gehen, welche dann durch die Schulbaugesellschaft begleitet werden könnten.

Frau RM Ruffen (FDP) sieht das Anliegen der FDP-Fraktion durch diese Beantwortung belegt, da es sich hierbei nur um tatsächliche Neubauprojekte handle und die notwendigen Sanierungen und Renovierungen im Bestand noch nicht berücksichtigt seien. Sie bittet hier alle Fraktionen „größer zu denken“.

Beigeordnete*r Robert Voigtsberger (Dezernat für Bildung, Jugend und Sport) erläutert, dass ein Teil der Maßnahmen bereits in Umsetzung sei. Einen Bericht über den Zwischenstand der Schulentwicklungsplanung werde dem Ausschuss in der nächsten Sitzung eine Mitteilung vorgelegt.

RM Heiner Kockerbeck (Die Linke) bittet in dieser Mitteilung auch aufzuführen welche 109 Schulen noch nicht personalisiert seien.

Frank Pfeuffer (Dezernat für Bildung, Jugend und Sport – Leitung der Stabstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung) teilt mit, dass sich dies aus der kurzen Zwischenbilanz ablesen lasse. In einem Parallelverfahren sei geplant die Schulbaumaßnahmenliste in einem aktualisierten Stand in die politischen Gremien einzubringen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Schlieben (CDU) lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bekräftigt das Ziel, notwendige Schulplätze bedarfsgerecht und schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen. Er beauftragt die Verwaltung, die Gründung einer die Gebäudewirtschaft flankierenden Schulbaugesellschaft vorzubereiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Dabei gelten die folgenden Maßgaben und Rahmenbedingungen:

- Gemeinsamer Handlungsleitfaden der Gebäudewirtschaft und der zu gründenden Schulbaugesellschaft ist die Schulentwicklungsplanung der Stadt Köln und die daraus resultierende, vom Rat der Stadt Köln beschlossene priorisierende Schulbaumaßnahmenliste.
- Die Tätigkeit der Schulbaugesellschaft wird sich auf Schulneubauprojekte fokussieren, die in großen Neubau- bzw. Entwicklungsgebieten der Stadt Köln geplant sind und auf Schulneubauten, in denen Investoren die notwendigen Grundstücke einbringen.
- Darüber hinaus wird die Schulbaugesellschaft in Absprache mit und im Auftrag der Gebäudewirtschaft Schulbauprojekte realisieren, die von der Gebäudewirtschaft personell nicht hinterlegt werden können. Dies umfasst ggf. auch die interimistische Bereitstellung von Schulplätzen.
- Die Schulbaugesellschaft soll eine Bauprojektgesellschaft in 100%iger Eigentümerschaft der Stadt Köln werden.
- Die Schulbaugesellschaft soll ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs der Stadt Köln dienen. Sie wird nicht wirtschaftlich tätig und erwirbt kein Eigentum an Immobilien und Liegenschaften.

Im Rahmen der Beschlussvorlage zur Gründung der Gesellschaft sind Aussagen zur Organisation, zur Steuerung, zu den Schnittstellen, zu Querschnittsfunktionen (Steuern, Recht, etc.), zu den finanziellen Rahmenbedingungen, zu den Prozessen und zu den Projekten zu treffen, die von dieser Gesellschaft in einem ersten Schritt bearbeitet werden sollen.

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

5 Mitteilungen

6 Anfragen

7 Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Gleichstellungsrelevante Themen

9 Personalien

10 Vorlagen

11 Mitteilungen

12 Anfragen

12.1 Frühere Anfragen

12.2 Neue Anfragen

13 Verschiedenes

Beigeordnete*r Robert Voigtsberger (Dezernat für Bildung, Jugend und Sport) bedankt sich, auch im Namen der/des **Beigeordnete*n Markus Greitemann** (Dezernat Planen und Bauen) für die Zustimmung der Mitglieder des Ausschuss Schule und Weiterbildung zu dieser Vorlage.

Ausschussvorsitzende*r RM Dr. Helge Schlieben (CDU) beendet die Sitzung um 18:40 Uhr.